

Übersicht Referenden 2020

2020 abgestimmte fakultative Referenden

Geschäft	Bundesbeschluss / Bundesgesetz	Schlussabstimmung Parlament	Trägerschaft	Zustandekommen	Unterschriften	Abstimmung (Resultat)
13.407	Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)	14.12.2018	EDU, SVP	07.05.2019	67'494	09.02.2020 (angenommen)
18.050	Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)	27.9.2019	SP	27.01.2020	53'088	27.09.2020 (abgelehnt)
17.052	Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)	27.9.2019	Umwelt- und Tierschutzorganisationen	27.01.2020	58'570	27.09.2020 (abgelehnt)
18.441	Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz, EOG)	27.9.2019	Komitee aus SVP und JFDP	04.02.2020	54'489	27.09.2020 (angenommen)
19.039	Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge	20.12.2019	GP, SP, GSoA	24.06.2020*	65'685	27.09.2020 (angenommen)

* Fristenstillstand ab 21. März 2020 (offizielle Referendumsfrist: 9.4.2020).

2020 vom Parlament beschlossene Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, die dem fakultativen Referendum unterstellt sind

Session	Anzahl	Dagegen ergriffene Referenden Zustande gekommen	In Prozent	Dagegen ergriffene Referenden Nicht zustande gekommen	In Prozent
Frühjahr*	-	-	-	-	-
Sondersession	1	0	-	0	-
Sommer	27	0	-	1	3.7%
Herbst	26	3	11.5%	0	
Winter	18	1	5.6%	0	-
Total 2020	72	4	5.6%	1	1.4%

* Frühjahrssession wurde wegen Covid abgebrochen

Im Jahr 2020 verabschiedete das Parlament zudem 9 dringliche Bundesgesetze; gegen eines (Dringliche Änderung des Epidemiengesetzes angesichts der COVID-19-Krise (Proximity-Tracing-System)) wurde ein Referendum angestrebt, das nicht zustande kam (vgl. <https://redaktion.anneepolitique.swiss/articles/66014>).

2020 vom Parlament beschlossene Erlasse, gegen die ein fakultatives Referendum angestrebt wurde

Ge- schäft	Bundesbeschluss / Bundesge- setz	Schlussabstim- mung	Trägerschaft	Zustandekom- men / Ablauf Sammelfrist	Grund für Nicht- Zustandekommen	Unterschriften
19.051	Bundesgesetz über Überbrü- ckungsleistungen für ältere Ar- beitslose (ÜLG)	19.06.2020	Komitee «Nein zur Entlassungs- rente»	08.10.20	Zu wenig Unter- schriften	48'400 ^{a)}
19.032	Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)	25.9.2020	JGLP, JUSO, Junge GP, Pi- raten, CCC, unterstützt von SP / GP	02.03.2021	-	76'926 ^{b)}
17.071	Bundesgesetz über die Vermin- derung von Treibhausgasemissi- onen (CO2-Gesetz)	25.9.2020	Wirtschafts- und SVP- Kreise / Kli- mastreikbe- wegung Westschweiz	02.03.2021	-	72'622 ^{c)}
20.058	Bundesgesetz über die gesetzli- chen Grundlagen für Verordnun- gen des Bundesrates zur Bewäl- tigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)	25.9.2020	Freunde der Verfassung	02.03.2021	-	90'789 ^{d)}

13.468	Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Ehe für alle)	18.12.2020	Komitees mit SVP-, EDU-, Mitte- und EVP- Politi- ker:innen	26.04.21	-	61'027 ^{e)}
--------	---	------------	--	----------	---	----------------------

Quelle: Bundeskanzlei (https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vr/vor_2_2_6_1_2011.html)

a) Quelle: <https://anneepolitique.swiss/prozesse/60821-uberbrueckungsleistung-fur-altere-arbeitslose#article-65876>

b) Insgesamt wurden 141'264 Unterschriften eingereicht; davon 3'033 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftensammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat 81'539 ohne Stimmrechtsbescheinigung einreichte Unterschriften an die zuständigen Amtsstellen versandt. Nach Überprüfung der Angaben haben die Amtsstellen für 73'974 Unterschriften das Stimmrecht bescheinigt; von den insgesamt 77'007 Unterschriften (inkl. 3'033 beglaubigten Unterschriften) sind 76'926 gültig.

c) Insgesamt wurden 123'879 Unterschriften eingereicht; davon 73'185 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftensammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat die bescheinigten 73'185 Unterschriften für die Feststellung des Zustandekommens berücksichtigt. Davon waren 72'622 gültig.

d) Insgesamt wurden 97'878 Unterschriften eingereicht; davon 30'161 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftensammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat 67'712 ohne Stimmrechtsbescheinigung einreichte Unterschriften an die zuständigen Amtsstellen versandt. Nach Überprüfung der Angaben haben die Amtsstellen für 60'832 Unterschriften das Stimmrecht bescheinigt; von den insgesamt 90'998 Unterschriften (inkl. 30'161 beglaubigten Unterschriften) sind 90'789 gültig.

e) Insgesamt wurden 69'392 Unterschriften eingereicht; davon 62'241 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftensammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat die bescheinigten 62'241 Unterschriften für die Feststellung des Zustandekommens berücksichtigt. Davon waren 61'027 gültig.